

<b>Zeitschrift:</b>	Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
<b>Herausgeber:</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
<b>Band:</b>	16 (1936-1937)
<b>Heft:</b>	8
<b>Artikel:</b>	Die aargauischen Grossratswahlen 1937 : der Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei im Velaufe von 16 Jahren
<b>Autor:</b>	Schmid, Arthur
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-332784">https://doi.org/10.5169/seals-332784</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

dieser doch, da ihn nichts sonst zu belehren vermag, aus den Verfolgungen, denen die Freiburger Konservativen ausgesetzt waren, die geschichtliche Lehre ziehen. Auch von der heutigen Sucht der Parteienverfolgung und Vernichtung läßt sich sagen, was einst die Freiburger Konservativen über die »Question fribourgeoise« schrieben: »La question fribourgeoise est une question politique et sociale, puisqu'il s'agit des droits primordiaux et imprescriptibles d'un peuple républicain.«

---

## Die aargauischen Grossratswahlen 1937

Der Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei im Verlaufe  
von 16 Jahren.

Von Dr. Arthur Schmid.

Es war im Jahre 1921, als die Sozialdemokratische Partei des Kantons Aargau unter dem neuen Proporzgesetz von damals ihrer Stärke entsprechend im Großen Rat vertreten war. Vor dieser Wahl betrug die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter im Großen Rat nicht ganz 20. Damals stieg sie auf rund 50.

Seit damals hat die Sozialdemokratische Partei des Kantons Aargau bei jeder Neuwahl ihre Stimmenzahlen gesteigert und damit auch die Zahl der Vertreter.

Die Wahl von 1933 fiel in die Zeit, da Europa unter dem Eindruck des Sieges von Adolf Hitler über Deutschland stand. Damals gab es allerdings keine neuen Parteien, die sich am Wahlkampf beteiligten, mit Ausnahme der Kommunisten, die jenen Zeitpunkt als den geeignetesten fanden, um auch ihrerseits gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen. Sie erlitten eine klägliche Niederlage.

Die Märzwahlen 1937 fielen in eine Zeit, da Europa unter der Kriegsgefahr einen gewaltigen Rüstungswillen erlebt. Alle politischen Verhältnisse sind unsicher geworden. Seit Jahren lastet die Krise auf großen Teilen des Volkes. Die Arbeitslosigkeit hat seit 1933 wesentlich zugenommen.

Die Grossratswahlen des Jahres 1937 waren gekennzeichnet durch den Ansturm neuer Parteigruppierungen. Da waren einmal die Jungbauern, die sich bereits im Herbst 1935 durch die Listenverbindung mit der Evangelischen Partei ein Mandat im Nationalrat geholt hatten. Es war selbstverständlich, daß sie sich an den Grossratswahlen beteiligten. Ihre Stärke beruht in der regen Tätigkeit der Mitglieder, einem ziemlich weitgehend entwickelten Bildungsbedürfnis und der richtigen Einschätzung von öffentlichen Kundgebungen. Deshalb ziehen sie von weither ihre Anhänger zusammen, um in irgendeiner Gemeinde eine eindrucksvolle Versammlung veranstalten zu können; vielleicht in einer Gemeinde, in der sie erst wenig Anhänger besitzen. Die Hausagitation wird von ihnen mit großer Hingabe gepflegt.

Kurz vor den Grossratswahlen kam eine andere neue Parteigruppe

in den Aargau. Es war der von Duttweiler ins Leben gerufene sogenannte *Landesring* der Unabhängigen; eine neue Partei, auch wenn das geleugnet wird. Sie überschwemmte mit ihren Zeitungen wochenlang die aargauischen Wähler. Duttweiler versuchte, nach amerikanischem Vorbild, große Massenversammlungen zu veranstalten, an denen nur seine Anhänger sprechen sollten. Er brachte zu diesem Zwecke auch von auswärts Anhänger mit. Dieser, auf Grund des Kapitalsbesitzes betriebene, Aufmarsch hatte in Wohlen und Lenzburg Störungen zur Folge, so daß die Anhänger des Landesringes nicht sprechen konnten. In Reinach, Zofingen und Aarau wurden die Versammlungen unter dem Einfluß der Sozialdemokratie dadurch ermöglicht, daß Duttweiler und seine Anhänger genau die gleichen Rechte hatten, wie andere Stimmberechtigte, die an der Versammlung sprechen wollten. In der *geistigen* Auseinandersetzung schnitt Duttweiler so ab, daß er es vorzog, auf öffentliche Versammlungen zu verzichten. Er ging zu geschlossenen Versammlungen über, die durch Karten eingeladen und in Baden speziell durch die Aktiengesellschaft Brown, Boveri & Co. begünstigt wurden.

Zu diesen beiden Gruppen kamen die *Frontisten*, die über ziemlich viel Propagandamaterial verfügten und die versuchten, die Wähler für sich zu gewinnen.

Im Bezirk *Aarau* traten die Jungliberalen mit einer besondern Liste in den Wahlkampf ein.

Im Bezirk *Bremgarten* bildete sich eine *christlichsoziale* Liste im Einverständnis mit der alten Katholischkonservativen Partei.

Durch das Auftreten dieser neuen Parteien wurde der Wahlkampf für die *bestehenden* Parteien *schwerer*. Die Krise und die europäische Entwicklung haben auf die alten Parteibindungen auflösend gewirkt. Die neuen Parteien hofften, aus dieser Situation wesentliche Vorteile zu ziehen.

Der Wahlausgang hat gezeigt, daß die *Sozialdemokratie* im Aargau *ihre Position halten* und *ihre Stimmenzahlen steigern konnte*. Sie erlitt einen Verlust nur im Bezirk *Baden*.

Der hinter uns liegende Wahlkampf beweist, daß *systematische und aufbauende Arbeit* einen stetigen Aufstieg der Sozialdemokratie garantiert. Der Wahlkampf zeigt auch, daß dort, wo mit einer gewissen Ausdauer und Aufopferung gearbeitet wird, immer noch *große Fortschritte für die Sozialdemokratie* zu erzielen sind.

Weder die Listenverbindung der alten bürgerlichen Parteien noch das Auftreten neuer bürgerlicher Parteien können die Sozialdemokratie schädigen, wenn sie sich nicht selber aufgibt oder wenn ihre Anhänger ihre Arbeit nicht vernächlässigen. Schädigend für den Aufstieg der Sozialdemokratie wirken viel weniger die Aktionen, die außerhalb ihrer Partei unternommen werden, als eine *wirklichkeitsfremde Politik innerhalb der eigenen Reihen*. Gegenseitige persönliche Kämpfe, kommunistische Spaltungsarbeit, unklare Haltung in wichtigen Fragen, werden die Sozialdemokratie immer schädigen. Die aargauische Sozialdemokratie hat bereits im Jahre 1934 zur Frage der Landesverteidigung

Stellung genommen. Es ist deshalb den Bürgerlichen unmöglich gewesen, die Sozialdemokratische Partei im Wahlkampf mit Erfolg der Schädigung des Landes zu verdächtigen. Alle diesbezüglichen Kritiken mußten an den Tatsachen und an der wirklichen Haltung der aargauischen Sozialdemokratie scheitern.

Damit der Leser ein Bild über die *Entwicklung der aargauischen Sozialdemokratie und der bürgerlichen Parteien seit der ersten Proporzwahl des Jahres 1921* hat, geben wir nachstehend eine Uebersicht über diese Entwicklung:

	1921	1925	1929	1933	1937
Sozialdemokratische Partei	13 740	16 085	18 365	20 379	20 866
Grütlianer . . . . .	898	399	—	—	—
Kommunisten . . . . .	—	—	—	226	—
Katholischkons. Partei .	11 654	12 011	13 189	14 568	14 035
Christlichsoziale Partei .	—	—	—	—	631
Freisinnige Partei . . .	12 850	12 344	11 869	12 805	11 754
Bauern- und Bürgerpartei	12 200	12 796	12 581	13 218	10 189
Evangelische Partei . .	591	974	1 878	2 255	2 269
Jungbauern . . . . .	—	—	—	—	3 787
Frontisten . . . . .	—	—	—	—	826
Landesring . . . . .	—	—	—	—	1 466
Jungliberale . . . . .	—	—	—	—	550
Total gültig Stimmende .	51 933	54 609	57 882	63 451	66 373

Die *Sozialdemokratische Partei* hat in den einzelnen Bezirken folgende Stimmen erhalten:

	1921	1925	1929	1933	1937
Aarau . . . . .	2 740	2 949	3 217	3 473	3 567
Baden . . . . .	2 565	2 936	3 416	3 694	3 300
Bremgarten . . . . .	706	735	943	986	953
Brugg . . . . .	1 346	1 536	1 779	1 882	1 994
Kulm . . . . .	1 287	1 574	1 684	1 983	2 135
Laufenburg . . . . .	381	379	513	525	701
Lenzburg . . . . .	1 624	1 807	1 980	2 280	2 276
Muri . . . . .	115	—	210	251	316
Rheinfelden . . . . .	367	880	1 002	1 169	1 294
Zofingen . . . . .	2 037	2 525	2 856	3 272	3 430
Zurzach . . . . .	572	764	761	864	900
Total	13 740	16 085	18 361	20 379	20 866

Diese Stimmenzahlen zeigen, daß die Sozialdemokratische Partei im Verlaufe von 16 Jahren ihren Wählerbestand von *13 740 auf 20 866, also um 7126 Wähler steigerte*. Von den bürgerlichen Parteien gelang es einzig den Evangelischen und den Katholischkonservativen, eine Steigerung ihres Wählerbestandes herbeizuführen. Die beiden andern Parteien konnten nicht einmal die Wählerzahlen des Jahres 1921 halten.

Die neuen Parteien, die in den Wahlkampf eingetreten sind, weisen

bescheidene Wählerzahlen auf. Die Jungbauern, als die stärkste Gruppe, erreichten nicht einmal 4000 Wähler. Der Landesring hat ein schweres Fiasko in den Bezirken Bremgarten und Aarau erlitten. Die meisten Wähler erhielt er dank der Unterstützung von Brown, Boveri & Co., AG., im Bezirk Baden.

Ueber den Aufstieg der Sozialdemokratie in den einzelnen Bezirken gibt die zweite Tabelle ein anschauliches Bild. Sie zeigt, daß in allen Bezirken, mit Ausnahme der Bezirke Baden und Bremgarten, der Stimmenzuwachs ein fortwährender ist. Im Bezirk Bremgarten ist seit dem Jahre 1929 keine wesentliche Steigerung der Stimmenzahlen mehr eingetreten, und es ist gegenüber den Wahlen von 1933 ein kleiner Rückgang zu konstatieren. Im Bezirk *Baden* beträgt der Rückgang der Stimmenzahlen gegenüber 1933: 394 Wähler. Die Sozialdemokratie ist in diesem Bezirk unter den Wählerbestand des Jahres 1929 gesunken. Dabei erlebte die Sozialdemokratische Partei die größten Verluste in der Gemeinde Wettingen, wo vorübergehend der Einfluß der Freunde einer Einheitsfront und der Gegner der Landesverteidigung am stärksten war.

Die Zahl der Großenräte ist nicht immer gleich geblieben. Sie änderte mit dem Bevölkerungszuwachs und erreichte im Jahre 1933 die Höchstzahl von 215. Durch eine Initiative der Sozialdemokratischen Partei angeregt, wurde die Reduktion der Mitgliederzahl des Großen Rates auf 186 im Jahre 1936 beschlossen. Die Sozialdemokratische Partei hat naturgemäß ihre Vertreterzahl von 68 bei dem reduzierten Bestand des Großen Rates nicht mehr erreicht. Sie erhielt aber noch 62 Sitze.

Am besten orientiert den Leser die nachstehende Zusammenstellung über die Vertreter der verschiedenen Parteien im Großen Rat:

	1921	1925	1929	1933	1937
Sozialdemokraten . . . . .	51	61	62	68	62
Grütlianer . . . . .	3	—	—	—	—
Katholischkonservative . . . . .	47	45	49	52	42
Christlichsoziale . . . . .	—	—	—	—	2
Freisinnige . . . . .	49	44	41	43	32
Bauernparteiler . . . . .	48	47	43	46	30
Evangelische . . . . .	2	3	5	6	5
Jungbauern . . . . .	—	—	—	—	8
Frontisten . . . . .	—	—	—	—	1
Jungliberale . . . . .	—	—	—	—	1
Landesring . . . . .	—	—	—	—	3
Gesamtzahl der Großenräte	200	200	200	215	186

Die obige Tabelle zeigt, wie im Jahre 1921 die Sozialdemokratie fast gleich viele Vertreter hatte wie jede der drei bürgerlichen Parteien. Das Bild ist im Jahre 1937 ein vollständig verändertes. Zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und der stärksten bürgerlichen Fraktion (Katholischkonservative) besteht ein Unterschied von 20 Großenratsmandaten.